



Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Ministerium der Justiz

Prävention zur Vermeidung von Straftaten - Justizministerin Karin Schubert fordert Hilfe für Jugendliche

Magdeburg. (MJ) Knapp 60 Prozent aller rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten sind im ersten Halbjahr 1999 in Sachsen-Anhalt von Jugendlichen oder Heranwachsenden begangen worden. "Hintergrund ihres Verhaltens ist jedoch in den seltensten Fällen eine verfestigte rechtsradikale Lebenseinstellung", so Sachsen-Anhalts Justizministerin Karin Schubert (SPD). "Ihre Taten sind vielmehr Signale einer erheblichen sozialen Verunsicherung und Orientierungslosigkeit."

Soziale Probleme, fehlende Zukunftsaussichten und ein steigender Werteverfall seien die Hauptursachen für die Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen. "Diesen Problemen muss sich auch die Justiz stellen und im Rahmen der Prävention begegnen. Je mehr wir uns für die Zukunft unserer Jugend einsetzen, umso weniger werden wir es in der Zukunft mit kriminellen Jugendlichen zu tun haben", ist die Ministerin überzeugt.

Das Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt darum präventive Maßnahmen insbesondere für Jugendliche. Unter seiner Leitung werden regelmäßig Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen für Richter, Staatsanwälte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialen Dienstes der Justiz durchgeführt. Ziel dieser Veranstaltungen ist, Präventionsstrategien vorzustellen und die Zusammenarbeit mit Präventionsgremien zu verstärken.

Ferner wirkt das Ministerium der Justiz als ständiger Gast am "Runden Tisch zur Kriminalitätsbekämpfung" in Magdeburg mit. Außerdem ist es in dem Landespräventionsrat, der 1999 auf Initiative der Landesregierung neu gegründet worden ist, vertreten. Darüber hinaus hat die Justizministerin im vergangenen Jahr die Schirmherrschaft für Anti-Aggressions-Kurse in Stendal übernommen. Das Projekt bemüht sich um 12 bis 16-jährige, die auffällig geworden sind und als gewaltbereit gelten. Das Besondere an dem Projekt ist, dass es sich auch an Kinder wendet, die unter 14 Jahren und damit noch nicht strafmündig sind. "Dadurch können wir Kinder erreichen, bevor es zu einer Verurteilung gekommen ist und ihnen mit Hilfe des Trainings eine Chance geben, aus dem Gewaltkreis auszubrechen", erklärt Karin Schubert anlässlich der Tagung "Strategien gegen Rechtsextremismus - was können Gesellschaft und Politik tun?" der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt am Samstag, 29. Januar 2000, in Magdeburg.

Für eine erfolgreiche Bekämpfung der Jugendkriminalität ist nach Ansicht der Ministerin aber auch ein konsequentes Handeln gegenüber den Straftätern erforderlich. Dies dürfe allerdings nicht zu der Forderung nach Verhängung höherer Haftstrafen führen. "Untersuchungen belegen, dass Haftstrafen gerade bei Jugendlichen nur wenig zur Resozialisierung beitragen", erklärt die Ministerin. Wichtig sei vielmehr, dass die Sanktion schnell erfolge und jugendlichen Straftätern die Konsequenz ihres Handelns vor Augen geführt wird. Hier hat sich z. B. der Täter-Opfer-Ausgleich bewährt. Er wird durch die Mitarbeiter des Sozialen Dienstes der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt. "Durch die direkte Konfrontation mit ihrem Opfer erleben die Jugendlichen oftmals zum ersten Mal hautnah, welche drastischen Folgen ihr Handeln hat und welche Angst sie bei ihrem Opfer ausgelöst haben", so Karin Schubert. "Dadurch kann ein Umdenken bei den Jugendlichen erreicht werden."

Rufen Sie mich bei Nachfragen bitte an: Marion van der Kraats, Telefon: 0391 567-4134

Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt

Pressestelle

Wilhelm-Höpfner-Ring 6

39116 Magdeburg

Tel.: 0391 567-4134

Fax: 0391 567-4226

Mail: presse@mj.sachsen-anhalt.de

Web: www.mj.sachsen-anhalt.de